

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

22. Juni 1955

327/J

A n f r a g e

der Abg.Dr. G r e d l e r, Dr. K r a u s, Dr. P f e i f e r, H e r z e l e,
S t e n d e b a c h und Genossen

an den Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten,
betreffend Vermögenswerte österreichischer Staatsbürger im Ausland

-.-.-

. In einer Antwort des damaligen Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Gruber, auf eine Anfrage der unterfertigten Abgeordneten, betreffend die Vermögenswerte österreichischer Staatsbürger in der CSR, teilte dieser mit, daß die entschädigungslose Konfiskation sich auch auf das österreichische Eigentum erstreckte. In den übrigen benachbarten Volksrepubliken wurde in ähnlicher Weise/vorgegangen. Der Bundesminister wies in seiner Anfrage auch auf die vielfachen, jedoch erfolglosen Bemühungen hin, mit den betreffenden Staaten in dieser Frage ins Gespräch zu kommen.

Der Abschluß des Staatsvertrages hat sicherlich auch auf diesem Gebiet eine völlig neue Situation geschaffen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die benachbarten Volksrepubliken nunmehr gehalten sind, entweder das österreichische Auslandvermögen endlich zurückzustellen oder einen entsprechenden Ersatz zu leisten. Wenn man bedenkt, daß die österreichischen Eigentümer nun schon vor zehn Jahren ihre ganze Habe verloren haben und seither meist in härtester Notlage leben, so muß man verstehen, wie dringend die Lösung dieses Problems für die Betroffenen ist. Daher haben die Abgeordneten der WdU mehrfach sowohl in den Ausschüssen als auch im Plenum die Notwendigkeit der Gewährung von Vorschüssen auf spätere Entschädigungsleistungen gefordert.

(In diesem Zusammenhang weisen die unterfertigten Abgeordneten darauf hin, daß Österreich bekanntlich aus dem Titel des Staatsvertrages verpflichtet ist, 150 Millionen Dollar an die Sowjetunion zu zahlen. Andererseits besteht ein Anspruch Österreichs gegenüber den benachbarten Volksrepubliken in der Höhe von mehreren Milliarden Schilling

aus dem Titel der Konfiskation des Eigentums seiner Staatsbürger. Die unterfertigten Abgeordneten regen daher an, mit der Sowjetunion Fühlung zu nehmen, um eine Übernahme der österreichischen Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag durch die volksdemokratischen Nachbarstaaten zu ermöglichen, womit diese wenigstens einen Teil ihrer Verpflichtungen gegenüber Österreich abgelten könnten. Im Hinblick auf die handelspolitischen Vorteile für alle Beteiligten besteht doch die Hoffnung, dass sich dieses Projekt wenigstens teilweise realisieren lässt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten die

A n f r a g e

1. Ist der Herr Bundesminister bereit, mit den volksdemokratischen Nachbarstaaten, die Eigentum österreichischer Staatsbürger entschädigungslos konfisziert haben, sofort in Verhandlungen zu treten und das Parlament über den Fortgang dieser Verhandlungen laufend zu unterrichten?
2. Ist der Herr Bundesminister bereit, mit der UdSSR über eine Übernahme der 150 Millionen Dollarschuld durch die volksdemokratischen Nachbarstaaten Fühlung aufzunehmen?
3. Ist der Herr Bundesminister bereit, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen die rasche Auszahlung einer Überbrückungshilfe an die schon seit zehn Jahren ohne jede Unterstützung Verbliebenen vorzubereiten und alles zu veranlassen, dass dem Hohen Haus in kürzester Frist eine entsprechende Vorlage zugeleitet wird?

— 0 —